

Bundesverband der
Pharmaziestudierenden
in Deutschland e. V.

Postfach 4 03 64
10062 Berlin

presse@bphd.de
www.bphd.de

Berlin, 20.11.2023

Abschaffung der Gebühren zur Zulassung zu den Abschnitten der Staatsprüfungen im Gesundheitswesen

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 14.03.2022 haben wir, die unterzeichnenden Fachschaften Pharmazie Berlin, Frankfurt, Marburg und Saarbrücken, mit der Unterstützung unseres Bundesverbandes der Pharmaziestudierenden in Deutschland e. V. (BPhD) einen Brief verfasst. Dieser hat die Abschaffung der Gebühren in den Studiengängen der Gesundheitsberufe in den Bundesländern Berlin, Hessen und Saarland gefordert, die zur Zulassung zu den Staatsprüfungen und somit zur Erlangung der Berufserlaubnis erforderlich sind. Trotzdem müssen diese Gebühren noch immer von den Studierenden entrichtet werden. Besonders in diesem Jahr mit hoher Inflationsrate und steigenden Miet- und Energiekosten darf dieses Thema nicht außer Acht gelassen werden. Daher fordern wir erneut die Abschaffung dieser Gebühren.

Die Inflation stellt für Studierende momentan eine besondere Herausforderung dar. Die Lebensmittelpreise steigen enorm und die Lebenshaltungskosten erhöhen sich drastisch.

Viele Studierende sind verzweifelt und stehen vor der Herausforderung, diese Kosten bewältigen zu müssen. Trotz der Entlastungen der Bundesregierung, wie der Einmalzahlung für Studierende, kommen viele Studierende finanziell an ihre Grenzen. Zusätzlich müssen Studierende der Gesundheitsberufe in den genannten Bundesländern Gebühren zur Anmeldung der Staatsexamina zahlen. Dadurch wird zusätzlicher finanzieller Druck auf die betroffenen Studierenden ausgeübt, während in den anderen Bundesländern diese Gebühren nicht erhoben werden.

Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass dieser Zustand für Studierende unzumutbar ist. Besonders Studierende, die ihr Studium eigenständig finanzieren müssen oder auf staatliche Mittel angewiesen sind, sind betroffen. Aufgrund des Fehlens finanzieller Mittel müssen manche Studierende den Abbruch des Studiums oder ein Pausieren in Erwägung ziehen. Wir sind der Auffassung, dass so schnell wie möglich gehandelt werden muss. Die Kosten für den bürokratischen Mehraufwand von Staatsprüfungen, besonders im Hinblick auf die aktuelle Situation, sollten nicht den Studierenden auferlegt werden.

BPhD | Abschaffung der Gebühren zur Zulassung zu den Staatsprüfungen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erhebung der Gebühren sind folgende:

Berlin: Gesundheits- und Pflegewesengebührenordnung (GesPflGebO), Anhang IV Nr. 51110 f.

Hessen: Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration (VwKostO-HMSI), Anlage 1, Nr. 1121

Saarland: Allgemeines Gebührenverzeichnis des Saarlandes (50. Änderung) Nr. 20 Punkt 7.1

Unser Gesundheitssystem braucht qualifiziertes Personal, um die Gesundheitsversorgung der Patient*innen zu gewährleisten. Durch eine Abschaffung der Gebühren würde außerdem die Chancengleichheit innerhalb der Bundesländer erhöht und gegen soziale Ungerechtigkeit vorgegangen werden.

Deshalb fordern wir, die unterzeichnenden Fachschaften der Pharmazie, mit Unterstützung unseres Bundesverbandes der Pharmaziestudierenden in Deutschland e.V. (BPhD), erneut die Abschaffung der Gebühren zur Zulassung zu den Abschnitten der Staatsprüfungen im Gesundheitswesen.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass Sie sich mit diesem Thema befassen. Einen Ideen- und Meinungsaustausch würden wir sehr begrüßen. Für eventuelle Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Fachschaft Pharmazie Berlin e. V.



Fachschaft Pharmazie Frankfurt



Fachschaft Pharmazie Marburg



Fachschaft Pharmazie Saarbrücken



Bundesverband der Pharmaziestudierenden in Deutschland e. V.

